



Thomas Mergel, Kulturgeschichte der Politik,
Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.02.2010
http://docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_1.0_Thomas_Mergel
DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.556.v1>

Copyright (c) 2018 Clio-online e.V. und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk entstand im Rahmen des Clio-online Projekts „Docupedia-Zeitgeschichte“ und darf vervielfältigt und veröffentlicht werden, sofern die Einwilligung der Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: [<redaktion@docupedia.de>](mailto:redaktion@docupedia.de)

Kulturgeschichte der Politik

von Thomas Mergel

„Politische Kultur“ versus „Kulturgeschichte der Politik“

In einem 1997 erschienenen Sammelband, der eine Zwischenbilanz der Diskussion um eine erneuerte Sozial- bzw. eine neue Kulturgeschichte zog, kritisierte Hans-Ulrich Wehler, dass die Neue Kulturgeschichte, der er ohnehin wolkige Unbestimmtheit vorwarf, um die „harten“ Themen von Politik, Wirtschaft oder der sozialen Ungleichheit einen weiten Bogen machte. Gerade diese Felder bedürften aber einer kulturgeschichtlichen Erweiterung.^[1] Wie sehr der Chefkritiker der Neuen Kulturgeschichte damit eine aktuelle Stimmung traf, zeigte sich an der Lebendigkeit, mit der wenige Jahre später eine Debatte über die Verwendung kulturgeschichtlicher Ansätze auch in diesen Themenfeldern begann. Unter verschiedenen Leitbegriffen, die teilweise selbst programmatische Bedeutung haben, wogte eine breite Diskussion um einen neuen politikgeschichtlichen Ansatz, die die Unzufriedenheit mit herkömmlichen Zugängen zur Politikgeschichte deutlich machte.^[2] Neu war die Anwendung von ethnologisch und semiologisch inspirierten Ansätzen, die das Programm der Neuen Kulturgeschichte bestimmten, auf das thematische Feld der Politik.^[3]

Wie andere Ansätze der Neuen Kulturgeschichte fand auch eine kulturgeschichtlich tiefergelegte Politikgeschichte vor allem unter Historiker/innen der Frühen Neuzeit engagierte Verfechter. Darüber hinaus haben sich aber besonders Vertreter/innen der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zu Wort gemeldet. In der historiografischen Beschäftigung mit Antike und Mittelalter fand diese Diskussion bisher kaum Resonanz – ein Hinweis darauf, dass es hauptsächlich politische Institutionen wie der Staat oder Parteien sind, die bei dieser Diskussion im Mittelpunkt stehen.^[4]

Die allermeisten der Diskutant/innen betonten dabei, dass es nicht um eine Implementierung des Konzepts der „Politischen Kultur“ in die Geschichtswissenschaft gehen könne.^[5] Damit ist ein anderer Diskussionszusammenhang gemeint, der häufig mit der kulturhistorischen Debatte verwechselt wird. Der Begriff der „Political Culture“ kommt aus dem Zusammenhang der amerikanischen „Comparative Politics“-Forschung und ist besonders mit den Namen Sidney Verba und Gabriel Almond verbunden, die in den frühen 1960er-Jahren unter Verwendung von Massendaten national differenzierte politische Einstellungen abfragten und gewissermaßen die mentale, habituelle Seite des politischen Prozesses und der politischen Strukturen zu

benennen suchten.^[6] In Deutschland dauerte es fast 20 Jahre, bis dieses Konzept auch hier heimisch wurde.^[7] Es hatte oft einen normativen Ansatz und schien häufiger „kultivierte Politik“ zu meinen.

Diese Politische-Kultur-Forschung, die von Max Kaase in einem viel rezipierten Aufsatz als der „Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln“, scharf kritisiert wurde,^[8] hatte mit der epistemologischen und methodologischen Stoßrichtung der Neuen Kulturgeschichte indes wenig gemein, sondern fragte schlicht nach Mentalitäten und Einstellungen.^[9] Ohne dass er den Kulturbegriff explizit bemüht hätte, war daneben der amerikanische Politikwissenschaftler Murray Edelman einflussreich geworden, weil er die symbolische Seite der Politik in den Mittelpunkt rückte. In seinem 1964 erschienenen Buch „The Symbolic Uses of Politics“ verstand er Symbolisierungen als ein Mittel der Manipulation. Symbole sind in Edelmans Diktion „Rationalitätssersatz“ und führen zu politischem Quietismus.^[10] Politik wird als „Spektakel“ konstruiert, um die Massen von den eigentlichen Machtverhältnissen abzulenken.^[11] Dieser Ansatz, der theoretisch einerseits hochgradig normativ, methodisch andererseits durchaus aktuell war – so untersuchte Edelman verschiedene politische „Sprachen“ in ihrer kommunikativen Funktion –, hat die Politikforschung lange Zeit intensiv beeinflusst. In seinem Gefolge wurde „symbolische Politik“ zu einem Synonym für „unechte Politik“. Die Untersuchung der Politik geriet hier zur Kulturkritik.^[12]

Für die Rezeption des Konzepts der „Politischen Kultur“ in der deutschen Geschichtswissenschaft ist vor allem Karl Rohes Übersetzungsversuch wichtig geworden. Rohe versteht „Politische Kultur“ als einen „mit Sinnbezügen gefüllten Rahmen, innerhalb dessen sich die durch Interessen geleitete politische Lebenspraxis handelnder, denkender, fühlender Akteure vollzieht“.^[13] Das Studium der „Politischen Kultur“, wenn sie so verstanden wird, meint also nicht „kultivierte Politik“, sondern zielt auf das Verständnis der Bedingungen politischen Handelns. Es fragt also nach einem spezifischen Feld von Themen: politische Traditionen und Mentalitäten, langdauernde Zugehörigkeiten und eingeübte Handlungsroutinen.

Das zeichnet die meisten älteren Ansätze aus: Sie interessieren sich für spezifische *Themen*, die von der herkömmlichen Politikgeschichte bisher außer Acht gelassen wurden. Im Unterschied dazu versteht sich die „Kulturgeschichte der Politik“, wie sie sich seit dem Ende der 1990er-Jahre entwickelt hat, als *Methode*: Ausgehend von einem spezifischen Wirklichkeitsverständnis und mit einem bestimmten Set an Herangehensweisen beansprucht sie, alle Felder des Politischen zu erfassen, also nicht nur den Rahmen, sondern auch das eigentlich

politische Handeln in seinen Vollzügen, politische Institutionen in ihrem Funktionieren, die Konstruktionen politischer Strukturen und Prozesse. Dies ist wohl der eigentliche Unterschied zur „Politischen Kultur“: Kulturgeschichte der Politik beansprucht, mit ihrem Ansatz die Differenz zwischen dem „Rahmen“ und der „eigentlichen“ Politik aufzulösen und die gesamte Politik als integrales Themenfeld zu untersuchen. Die Frage nach den Traditionen von politischen Einstellungen und Vergemeinschaftungen, die etwa Rohes Historische Wahlforschung antreibt, ist allerdings auch in der Kulturgeschichte der Politik einflussreich geworden, die sich seit dem Beginn des neuen Jahrtausends in Deutschland – vor allem hier – entwickelte. In einer Reihe von Veröffentlichungen kurz hintereinander wurde hier ein neuer Zugang zur Politikgeschichte skizziert, der in sich viele Differenzen barg, im Einzelnen aber trotzdem eine neue Politikgeschichte konzipierte, die in den letzten Jahren auch empirisch höchst produktiv geworden ist.

Zentrale Annahmen der Kulturgeschichte der Politik

Gemeinsam ist allen theoretischen Überlegungen, dass sie im Einklang mit den anderen Strömungen der Kulturgeschichte den Menschen als ein symbolerzeugendes und symboldeutendes Wesen fassen. Alles Handeln, das bezeichnet, das sich auf ein Gegenüber richtet, also soziales Handeln, welcher Art auch immer, ist deshalb symbolisches Handeln. Symbole sind uneindeutige Zeichen. Sie haben also immer mehrdeutige Verweisungszusammenhänge. Symbolische „Dinge“ ebenso wie symbolisches Handeln müssen deshalb interpretiert werden. Dies ist die Grundlage für den Kommunikationsbegriff der Kulturgeschichte: Kommunikation ist immer deutendes Handeln, dem Mehrdeutigkeit eingeschrieben ist. Institutionen sind nichts anderes als durch Wiederholung auf Dauer gestelltes kommunikatives Handeln. Die Polizei etwa stellt Obrigkeit und „Ordnung“ her, indem sie sich wiederholende, von den Bürger/innen erwartete Handlungen vollführt und Aussagen macht, die von diesen als Herstellung von Obrigkeit auch verstanden werden. Sie symbolisiert staatliche Ordnung, und in ihren Handlungsformen lässt sich auch ablesen, wie demokratisch oder bürgernah diese staatliche Ordnung ist.

Was bedeutet dies für die Politikgeschichte? Zunächst, dass politisches Handeln soziales Handeln wie jedes andere auch ist. Es ist kommunikatives Handeln, und als solches zugleich uneindeutig und deutend. Kulturhistoriker/innen untersuchen politisches Handeln demzufolge vor allem dahingehend, ob und wie es als symbolisches Handeln Ordnungen produziert, sie verändert, erhält oder umstürzt. Im Unterschied zu herkömmlichen Ansätzen unterstellen Kulturhistoriker/innen

auch im Feld der Politik, dass Bedeutungen nicht schon „vorher da“ sind, sondern im kommunikativen Prozess je produziert und erst durch die Wiederholung (und die Erwartung der Wiederholung) zu geteilten Tatbeständen werden.^[14] Ähnlich verhält es sich mit politischen Institutionen und Strukturen, deren Realität sich aus Kommunikationserwartungen und -routinen ergibt. Dieser Zugriff unterscheidet kulturhistorische von herkömmlichen Ansätzen der Politikgeschichte, die von vorgegebenen, gewissermaßen objektiven Bedingungen politischen Handelns ausgehen. Das mögen Bedingungen von Geografie oder wirtschaftlicher Leistungskraft sein. Vor allem betont die Kulturgeschichte jedoch den Konstruktionscharakter von politischen Handlungsressourcen wie Macht oder Herrschaft.

In ihrer Perspektive hat der Begriff der symbolischen Politik, anders als bei Edelman, keinen pejorativen Beigeschmack in dem Sinne, dass sich damit der Ruch der Manipulation verbände. Vielmehr ist Politik gar nicht anders zu denken als im Sinne von Semantiken, Handlungsformen und Strukturbildungen, die Uneindeutiges fassen wollen. Auch politische Sprache ist symbolisch und transportiert immer mehr Bedeutungen als vom Rezipienten aktualisierbar sind.^[15] Einen Gegensatz zwischen Sprechen und Handeln gibt es nur scheinbar: Politisches Handeln ist so gut wie immer Sprechen, genauer: die Fassung von (seienden und sein sollenden) politischen Wirklichkeiten mit Mitteln der Sprache (und der Schrift).^[16] Deshalb hat die Untersuchung politischer Diskurse in der Kulturgeschichte der Politik besondere Bedeutung. Politische Sprachen als langdauernde Ausdruckssysteme ebenso wie im Kommunikationsprozess aktuell stattfindende semantische Kämpfe ermöglichen direkte Zugänge zu politischen Konflikten und Parteinahmen, zu vorgängigen Annahmen über die Bedingungen von Politik ebenso wie über politische Ziele und Utopien. Auch die alltägliche Verwaltung politischer Zwecksetzungen ist zumeist Sprache. Die in Deutschland besonders gepflegte Begriffsgeschichte hat in dieser Hinsicht einen wichtigen Beitrag zur Kulturgeschichte der Politik geleistet.

Allerdings besteht Kommunikation nicht nur aus Worten. Die Tradition der politischen Kulturforschung hat in Verbindung mit dem *iconic turn* und dem *performative turn* zu einer besonderen Beobachtung der Bilder, der Darstellungsformen und des Sehens in der Politik geführt. Hier zeigen sich die mehrdeutigen Verweiszusammenhänge am klarsten; die Mobilisierungsfähigkeit der Bilder resultiert aus ihrer Uneindeutigkeit – weil die Menschen je verschiedene Imaginationen mit den Bildern verbinden, können sie sich zusammenschließen. Besonders für Umbruchssituationen wie die Französische Revolution oder den

Aufstieg des Nationalsozialismus haben sich die Politische Ikonografie und in den letzten Jahren auch die Untersuchung performativer Phänomene als wichtige Felder einer Kulturgeschichte der Politik etabliert.^[17] Wegen dieser Betonung der sinnlichen Dimension von Politik ist die Politikgeschichte mittlerweile auch als Mediengeschichte profiliert worden.^[18]

Die Betonung politischen Handelns und politischer Strukturen als symbolischer, hergestellter, uneindeutiger Phänomene hat besonders in der Geschichte politischer Kommunikationsräume empirische Ergebnisse zutage gefördert. In der Diplomatiegeschichte haben Johannes Paulmann und jüngst Verena Steller die symbolischen und ritualischen Ordnungen untersucht, die nur scheinbar die Machtordnungen der Staaten lediglich wiedergeben. In Wahrheit erzeugen sie diese ganz manifest mit.^[19] Willibald Steinmetz, Thomas Mergel und Heiko Bollmeyer haben Parlamente als kommunikative Cluster untersucht und mit unterschiedlichen Methoden und theoretischen Vorannahmen das politische Sprechen als die einzig mögliche Form politischen Handelns gedeutet.^[20] Frank Bösch hat die kommunikative Ordnung im CDU-Partei Vorstand unter Adenauer untersucht und nachgewiesen, dass Adenauers Macht sich hier in einem sehr pragmatischen Sinn produzierte.^[21]

Die Annahme einer im Handlungsvollzug realisierten Produktion und Reproduktion sozialer Strukturen – statt der Vorstellung ihrer Präexistenz – führt zu einer weiteren zentralen Annahme, die eine lange Tradition im deutschen Historismus hat, in der strukturorientierten Geschichtswissenschaft jedoch etwas in Vergessenheit geraten war: dass nämlich alles, auch das scheinbar Feststehende, historisch ist und deshalb historisiert werden muss. Dies gilt zunächst für den Begriff der Politik selbst. Besonders im Umfeld des Bielefelder Sonderforschungsbereichs „Das Politische als Handlungsraum in der Geschichte“ wird die Strategie verfolgt, die begriffliche Zuspitzung von Gegenständen als „politisch“ selbst als eine politische Strategie des Wichtigmachens von Themen und Entscheidungen zu analysieren. Historisch lässt sich in der Tat zeigen, dass die Bedeutungen von „Politik“ sowohl diachron als auch synchron weit auseinander liegen können und der Begriff seit der Französischen Revolution einer beständigen Ausweitung unterlag.^[22] Eine transhistorische Definition von Politik ist deshalb nur dann möglich, wenn man sie so allgemein fasst, wie Karl Rohe dies vorgeschlagen hat: als die Dimension, „in der die fundamentale Ordnungsproblematik verhandelt wird, die allen sozialen Verbänden zu eigen ist“.^[23] Politische Ideen und Handlungsformen müssen deshalb in ihrer historisch sich wandelnden Bedeutung betrachtet werden. So unterlag beispielsweise die

Idee der Demokratie seit dem 19. Jahrhundert einem ständigen Wandel: von einer homogenisierenden Vorstellung aller Gleichen hin zu einem konfliktorientierten politischen Systemmodell. Begriffe wie „Gleichheit“ oder „Gerechtigkeit“ sind in ihrem Wandel ebenso Teil einer Politikgeschichte wie die konkrete Ausgestaltung von Partizipationsrechten.^[24] Taxonomien und Begrifflichkeiten haben selbst politische Valenz; so ist zum Beispiel die Beschreibung der Indikatoren von Armut oder Gesundheit zentral für sozialstaatliche Zuwendung und die Macht von Organisationen, die diese Politiken betreiben.^[25]

Ebenso kann man zeigen, dass die aktive Politisierung von Themen, also die wirksame Herstellung von kollektiver Bedeutung und Handlungsbedarf, dazu führen kann, dass Gegenstände, die vorher dem Reich des Privaten zugerechnet wurden, nun dem Bereich des kollektiv Wichtigen, also der Politik zugerechnet werden. Das lässt sich etwa für Geschlechterpolitik zeigen; ebenso kann man aber etwa am Beispiel von Konfession und Religion deren aktive Depolitisierung zeigen, die den Abbau von Konflikten mit sich bringen konnte.^[26]

Interne Differenzierungen und Kritik

Die Kulturgeschichte der Politik ist nicht ohne Kritik geblieben. Dabei ist mitunter der Eindruck entstanden, es gäbe zwei säuberlich voneinander geschiedene Lager. Das ist mitnichten der Fall. Zum einen kann man auch innerhalb des Paradigmas durchaus unterschiedliche Ansätze feststellen, wofür die unterschiedlichen Nomenklaturen Ausdruck sind. Den Begriff „Kulturgeschichte des Politischen“ bevorzugen diejenigen, die unter „Politik“ je unterschiedliche zu historisierende Gegenstände verstehen und die Dekonstruktion dieser begrifflichen Masse zum Programm erheben.^[27] Dagegen ist eingewandt worden, dass „das Politische“ ein seltsam vager und schillernder Ausdruck sei, der von Carl Schmitt eine nicht leicht abzustreifende Bedeutung erhalten habe. Die Wortform des substantivierten Adjektivs verleihe dem Gegenstand eine gewisse Emphase. „Das Politische“ erhält so eine Wichtigkeit, die semantisch solchen Konstrukten wie ‚Das Gute, Wahre, Schöne‘, oder ‚das Soziale‘ ähnelt.“^[28] Den Begriff „Kulturgeschichte des Politischen“ kritisieren manche als eine Strategie, neue Themen zu definieren und umgekehrt die herkömmlichen Themen der „alten“ Politikgeschichte zu überlassen. Da mit diesem Zugang tendenziell alles als „politisch“ zu qualifizieren sei, verschwinde das Besondere des kulturhistorischen Ansatzes hier hinter der Geschichte von allerlei Kommunikation und Symbolik, die sich lediglich mit der Selbstbezeichnung „politisch“ schmücke. Die „Kulturgeschichte der Politik“ setzt dagegen stärker auf das Verständnis von Kulturgeschichte als Methode. Sie will nicht nur neue Geschichten auffinden,

sondern auch die alten Geschichten neu erzählen. Dabei bezieht sich die Kulturgeschichte der Politik absichtlich auf vorgängige Verständnisse dessen, was als politisch gelten möchte; hier sollen neue Perspektiven eröffnet werden. Sie hat eher hergebrachtes politisches Handeln und politische Institutionen vor Augen und möchte diese mit kulturhistorischen Fragen in neuem Licht erscheinen lassen.

Zum anderen aber werden auch im Kreise derer, die man eher der herkömmlichen Politikgeschichte zurechnen kann, Methoden und Fragen eines kulturgeschichtlichen Zugangs genutzt. So hat Bernhard Löffler seine eigene Institutionengeschichte des Wirtschaftsministeriums unter Ludwig Erhard einer fruchtbaren, kulturhistorisch inspirierten Neulektüre unterzogen.^[29] Die Untersuchung politischer Sprachen hat in Deutschland eine lange Tradition, und auch Historiker, die sich dem kulturhistorischen Paradigma nicht ohne weiteres zurechnen, arbeiten damit.^[30] Andreas Rödder hat darauf hingewiesen, dass gerade die Betonung des (kontingenten) Sinnverstehens, des Deutens, eine lange Tradition habe, für die in Deutschland besonders der Name Hans-Georg Gadamer stehe.^[31] Im gleichen Band plädiert Eckart Conze für die Historisierung von Begriffen wie „Staat“ und „Staatsystem“.^[32]

Diese Überlappungen bedingen, dass eine grundlegende Kritik auch aus den Kreisen, welche die herkömmliche Politikgeschichte hochhalten, selten zu hören ist. Wenn, dann beharrt sie darauf, dass Macht und die hinter ihr stehende Gewalt sich einem ausschließlich kulturwissenschaftlichen Zugriff entzögen.^[33] Es gebe sozusagen „hinter“ der Geschichte stehende Dinge, die nicht historisierbar und nicht einem symbolischen Zugriff zugänglich seien. Solche essenzialistischen Zugriffe scheinen inzwischen aber selbst in methodisch konservativeren Kreisen nicht mehr ohne weiteres überzeugend. Von den Vertretern der Sozialgeschichte, die der Alltagsgeschichte und der historischen Anthropologie mit gepflegter Polemik begegnet waren, wurden die kulturhistorischen Ansätze im Feld der Politik dagegen geflissentlich übersehen, obwohl Hans-Ulrich Wehler – nicht überraschend – die „weiche“ Kulturgeschichte generell der „harten“ Sozialgeschichte, besonders im Gewand der Gesellschaftsgeschichte, für unterlegen hielt.^[34] Das mochte auch daran liegen, dass der Sozialgeschichte selbst seinerzeit vorgeworfen worden war, sie sei „history [...] with the politics left out“.^[35]

Was blieb, war eine – allerdings selten explizit thematisierte – Unterströmung, die der Kulturgeschichte die eher weichen Themen zusprach und die härteren Themen wie Entscheidungsprozesse, Interessenkonflikte oder Gewalt eher in konventionelleren Zugriffen verortete, die etwa die Interessen „hinter“ der Politik

genauer in den Blick zu nähmen hätten. Bernd Weisbrod, der ansonsten durchaus analytischen Konzepten von Medialität und Repräsentation zugetan ist, betonte, dass es Grenzen der Kommunikation gebe, die auch die Frage nach den Grenzen des Politischen zögen.^[36] Häufig scheint in der Kritik eine implizite Annahme auf, die unter kommunikativem Handeln *gelingende* Kommunikation versteht und bei der Kulturgeschichte der Politik ein gewissermaßen optimistisches Vorverständnis von Politik aufzufinden meint, eine Unterschätzung der antagonistischen Verhältnisse, des aggressiven und gewalthaften Charakters, den Politik häufig – die Schmittianer würden sagen: immer – annimmt. Das ist indes ein Missverständnis, denn auch misslingende oder nicht auf Verständigung zielende Kommunikation (auch Hass ist in diesem Sinne Kommunikation) bedarf eines Gegenübers. Die Kulturgeschichte der Politik fragt nicht nach „guter“ Politik und lässt die bösen Seiten außer Acht, sondern sie fragt mehr als andere Ansätze nach der Herstellung und den Funktionsweisen politischen Handelns und politischer Strukturen.

Allerdings scheint hier in der Tat ein Problem auf, das auch in den theoretischen Entwürfen der Kulturgeschichte der Politik angesprochen wurde: Gibt es systematische Grenzen des Ansatzes? Ist nicht die unmittelbare Gewaltdrohung, die sich mit politischer Macht verbindet, ist nicht die Gewaltausübung, die in der Ratio von Politik liegt, eine Grenze der kulturhistorischen Fragen nach Symbolen und Semantiken? Ist es wahr, dass „Gewalt nicht spricht“ (Jan Philipp Reemtsma)? Die Antwort der Kulturhistoriker ist eine doppelte:^[37] Erstens gibt es in der Tat Grenzen des Sagbaren – dies ist aber keine Eigenheit der Gewalt, sondern gehört systematisch zur Kommunikation. Die Frage, worüber gesprochen wird, impliziert von sich aus die Frage, worüber nicht gesprochen wird oder werden kann, was übergangen wird. Gewalt be-deutet immer etwas: Wer tötlich wird, schreit oder zu den Waffen greift, dem kann man schlecht vorwerfen, er habe nicht gehandelt. Gewalt aber ist in den meisten Fällen nur dann ein historisch wirksames Motiv, wenn über sie gesprochen wird, wenn sie bebildert wird, wenn sie Angst erzeugt und Verarbeitungstraumata bewirkt. Kurz: Auch die Gewalt kann zu Politik nur dann werden, wenn sie be-sprochen wird. Selbstverständlich gibt es Myriaden von namenlosen, niemals angesprochenen Ermordeten des Stalinismus und anderer Gewaltregimes, Ermordete, die in Gesellschaften nicht mehr anwesend, aber genau insofern real sind. Zu politischen Phänomenen können sie aber nur dann werden, wenn sie als Ermordete, Fehlende, Opfer in Diskurse eingebaut werden.

Zweitens ist die Gewalt selbst ein historisches Phänomen. Wie auch der Schmerz ist sie kein unmittelbar anthropologisches und unhintergebares Phänomen. Lange Epochen der Geschichte zeichnen sich durch eine Normalität der Gewalt aus, die der Postmoderne fremd geworden ist – nicht der Moderne, wie die vielfältigen Forschungen zu Kolonialismus und eben auch zu Völkermord zeigen. Die Gegenwart zeichnet sich durch eine Stigmatisierung der Gewalt aus, die sich politisch in der Debatte um jeden Afghanistan-Einsatz ebenso wie in der Verurteilung prügelnder Lehrer äußert. Das Verhältnis von Politik und Gewalt ist, darum geht es, historisch wandelbar, und dieses zu untersuchen ist folglich eine Aufgabe einer Kulturgeschichte der Politik.

Zwar begann mit der Diskussion um eine Kulturgeschichte der Politik kein völlig neues Zeitalter; auch davor gab es Untersuchungen, die ähnliche Fragen stellten und ähnliche Erklärungshorizonte hatten.^[38] Die theoretische und methodische Diskussion der letzten zehn Jahre hat aber eine Schärfung des methodischen Arsenal und ein klareres Bewusstsein von Kontinuität und Bruch im Verhältnis zu den älteren Ansätzen der Politikgeschichte erzeugt. Kulturgeschichte der Politik kann sich heute, soweit sie sich als Methode versteht, als eine Alternative zu herkömmlichen Politikgeschichten präsentieren. Dabei wird sowohl die Entdeckung neuer Themen als auch die Erzählung der alten Geschichten auf neue Weise fruchtbar sein. Es wird vermutlich auch Ansätzen, die sich mit Überzeugung als (methodisch) konservativ verstehen, nicht mehr leicht möglich sein, ohne Fragen aus dem Arsenal der Kulturgeschichte auszukommen. Dies ist im Übrigen ein Prozess, der ganz ähnlich dem der Amalgamierung der sozialgeschichtlichen Ansätze verläuft – die Sozialgeschichte war auch anfangs als ein Alternativentwurf entstanden, hatte sich dann aber geschmeidig in herkömmliche Ansätze eingefügt und diese ihrerseits modernisiert. Es fällt indes auf, dass, anders als in der Auseinandersetzung um die Sozialgeschichte, die kulturhistorische Diskussion heute weitgehend ohne politische Lagerbildungen auskommt. Das stimmt froh, zeigt es doch, dass es sich um eine erkenntnistheoretische und methodologische Diskussion handelt und nicht um eine politische Diskussion im theoretischen Gewande.

Empfohlene Literatur zum Thema

Zitation

Thomas Mergel, Kulturgeschichte der Politik, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, URL: http://docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_1.0_Thomas_Mergel?oldid=129401

Nutzungsbedingungen für diesen Artikel

Copyright (c) 2018 Clio-online e.V. und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk entstand im Rahmen des Clio-online Projekts „Docupedia-Zeitgeschichte“ und darf vervielfältigt und veröffentlicht werden, sofern die Einwilligung der Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@docupedia.de>

Anmerkungen

1. ↑ Hans-Ulrich Wehler, Kommentar, in: Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hrsg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, S. 351-366, hier besonders S. 353.
2. ↑ Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 574-606; Ute Frevert, Neue Politikgeschichte, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2002, S. 152-164.
3. ↑ Vgl. Martin Dinges, Neue Kulturgeschichte, in: Eibach/Lottes (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft, S. 179-192; Roger Chartier, New Cultural History, in: ebd., S. 193-205.
4. ↑ Vgl. etwa Ronald G. Asch/Dagmar Freist (Hrsg.), Staatsbildung als kultureller Prozess. Strukturwandel und Legitimation von Herrschaft in der Frühen Neuzeit, Köln 2005.
5. ↑ Ausnahmen gibt es allerdings: Besonders aus dem Umkreis des Freiburger Frühneuzeithistorikers Wolfgang Reinhard wird nach wie vor „Politische Kultur“ als nutzbarer Ansatz verfolgt. Vgl. Wolfgang Reinhard, Was ist europäische politische Kultur? Versuch zur Begründung einer politischen Historischen Anthropologie, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 593-616.
6. ↑ Gabriel A. Almond/Sidney Verba, The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.
7. ↑ Vgl. v.a. Wolf Michael Iwand, Paradigma Politische Kultur. Konzept, Methoden, Ergebnisse der Political Culture-Forschung in der Bundesrepublik. Ein Forschungsbericht, Aachen 1983; Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987.
8. ↑ Max Kaase, Sinn oder Unsinn des Konzepts Politische Kultur für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: ders./Hans Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System, Opladen 1983, S. 144-172.
9. ↑ Man muss allerdings zugestehen, dass auch in der Politikwissenschaft früh Versuche zu

verzeichnen sind, Fragen des symbolischen und sprachlichen Handelns in die Untersuchung von Politik einzubeziehen. Vgl. etwa Ulrich Sarcinelli, *Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik*, Opladen 1987. Als Überblick über Ansätze in der Politikwissenschaft: Thomas Mergel, *Kulturwissenschaft der Politik: Perspektiven und Trends*, in: Friedrich Jaeger u.a. (Hrsg.), *Handbuch der Kulturwissenschaften*, Bd. 3: Themen und Tendenzen, Stuttgart 2004, S. 413-425.

10. ↑ Murray Edelman, *The Symbolic Uses of Politics*, Urbana 1964 (auf Deutsch teilweise in: ders., *Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*, Frankfurt a. M. 1976).
11. ↑ Murray Edelman, *Constructing the Political Spectacle*, Chicago 1988.
12. ↑ Dieser Ansatz wird noch vertreten bei Rüdiger Voigt (Hrsg.), *Politik der Symbole, Symbole der Politik*, Opladen 1989.
13. ↑ Karl Rohe, *Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven in der Politischen Kulturforschung*, in: *Historische Zeitschrift* 250 (1990), S. 321-346, hier S. 333.
14. ↑ Berger und Luckmann sprechen von Objektivationen: Peter L. Berger/Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt a. M. 21980 (1. Aufl. 1966), S. 36 ff.
15. ↑ Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002; ders., „Sehr verehrter Herr Kollege“. Zur Symbolik der Sprache im Reichstag der Weimarer Republik, in: Rudolf Schlögl u.a. (Hrsg.), *Die Wirklichkeit der Symbole. Grundlagen der Kommunikation in historischen und gegenwärtigen Gesellschaften*, Konstanz 2004, S. 369-394.
16. ↑ Willibald Steinmetz, „Sprechen ist eine Tat bei euch“. Die Wörter und das Handeln in der Revolution von 1848, in: Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Europa 1848. Revolution und Reform*, Bonn 1998, S. 1089-1138.
17. ↑ Vgl. als frühe, stilprägende Beispiele: Klaus Herding/Rolf Reichardt, *Bildpublizistik der Französischen Revolution. Die politische Symbolik in der revolutionären Bildpublizistik*, Frankfurt a. M. 1989; Gerhard Paul, *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1990.
18. ↑ Vgl. etwa Frank Bösch/Norbert Frei (Hrsg.), *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006.
19. ↑ Johannes Paulmann, *Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg*, Paderborn 2000; Verena Steller, *Von Angesicht zu Angesicht. Symbolisches Handeln der Diplomatie in den deutsch-französischen Beziehungen, 1870-1919*, Diss. Bochum 2009.
20. ↑ Willibald Steinmetz, *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Entscheidungsspielräume: England 1780-1867*, Stuttgart 1993; Heiko Bollmeyer, *Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik*,

Frankfurt a. M. 2007; Mergel, Parlamentarische Kultur.

21. ↑ Frank Bösch, Politik als kommunikativer Akt. Formen und Wandel der Gesprächsführung im Parteivorstand der fünfziger und sechziger Jahre, in: Moritz Föllmer (Hrsg.), Sehnsucht nach Nähe. Interpersonale Kommunikation in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert, Stuttgart 2004, S. 197-214.
22. ↑ Willibald Steinmetz (Hrsg.), „Politik“. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt a. M. 2007.
23. ↑ Andreas Dörner/Karl Rohe, Politikbegriffe, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Lexikon der Politik, Bd. 1, München 1995, S. 453-458, hier S. 457. In Deutschland hat eine antagonistische Definition eine lange Tradition, die in Semantiken des Oben-Unten, Freund-Feind, Wir-Sie ihren Ausdruck findet und die von Carl Schmitt zum unumstößlichen Politikbegriff erhoben wurde; vgl. die harsche Kritik daran bei Dirk Käsler, Freund versus Feind, Oben versus Unten, Innen versus Außen. Antagonismus und Zweiwertigkeit bei der gegenwärtigen soziologischen Bestimmung des Politischen, in: Dirk Berg-Schlosser u.a. (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Spiegelungen. Ideendiskurs – institutionelle Fragen – Politische Kultur und Sprache (Festschrift für Theo Stammen), Opladen 1998, S. 174-189. Sie muss indes in einer spezifisch deutschen Politikerfahrung situiert werden. Andere Verständnisse von Politik, wie sie etwa bei Hannah Arendt aufscheinen, oder wie sie J.G.A. Pocock in der atlantischen Politiktradition seit der Frühen Neuzeit aufgewiesen hat, umfassen gänzlich andere Felder und Handlungsformen des Politischen und sind sehr viel mehr auf *common sense*-Teloi hin angelegt. Vgl. zu international vergleichenden Perspektiven vor allem: Jörn Leonhard, Politik – ein symptomatischer Aufriss der historischen Semantik im europäischen Vergleich, in: Steinmetz „Politik“, S. 75-133.
24. ↑ Dies hat besonders die Geschichte der Praxis des Wählens gezeigt. Vgl. hierzu Thomas Kühne, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867-1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994; Margaret Lavinia Anderson, Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Stuttgart 2009.
25. ↑ Vgl. etwa Tobias Weidner, Gesundheitspolitik – möglichst unpolitisch. Die Politik der Mediziner von 1848 bis zur Bundesrepublik, in: Steinmetz, „Politik“, S. 362-394.
26. ↑ Vgl. etwa Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M. 2005.
27. ↑ Vgl. vor allem die unterschiedlichen Beiträge in: Stollberg-Rilinger (Hrsg.), Kulturgeschichte des Politischen. Hierzu zählen auch diejenigen, die als Label „Neue Politikgeschichte“ bevorzugen. Vgl. Ute Frevert, Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen, in: dies./Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Neue Politikgeschichte, S. 7-26.
28. ↑ Thomas Mergel, Wahlkampfgeschichte als Kulturgeschichte. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Beispiele, in: Barbara Stollberg-Rilinger, Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, Münster 2005, S. 255-276.

29. ↑ Bernhard Löffler, Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung. Thesen und Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.), Geschichte der Politik. Alte und neue Wege, München 2007 (Historische Zeitschrift, Beiheft 44), S. 155-180.
30. ↑ Thomas Nicklas/Matthias Schnettger (Hrsg.), Politik und Sprache im frühneuzeitlichen Europa, Mainz 2007.
31. ↑ Andreas Rödder, Sicherheitspolitik und Sozialkultur. Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Geschichtsschreibung des Politischen, in: Kraus/Nicklas (Hrsg.), Geschichte der Politik, S. 95-125, hier S. 106 ff.
32. ↑ Eckart Conze, Jenseits von Männern und Mächten. Geschichte der internationalen Politik als Systemgeschichte, in: ebd., S. 41-66.
33. ↑ So Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Geschichte der Politik, S. 1-12, hier S. 4.
34. ↑ Hans-Ulrich Wehler, Das Duell zwischen Sozialgeschichte und Kulturgeschichte, in: Francia 28 (2001), S. 103-110.
35. ↑ George M. Trevelyan, English Social History. A Survey of Six Centuries from Chaucer to Queen Victoria, London 1942, S. VII.
36. ↑ Bernd Weisbrod, Das Politische und die Grenzen der Kommunikation, in: Daniela Münkel/Jutta Schwarzkopf (Hrsg.), Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Adelheid von Saldern, Frankfurt a. M. 2004, S. 99-112.
37. ↑ Vgl. Jörg Baberowski, Gewalt verstehen, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 5 (2008), H. 1, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Baberowski-1-2008> (03.02.2010).
38. ↑ Etwa Andreas Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermann-Mythos. Zur Entstehung des Nationalbewusstseins im Deutschen Reich, Reinbek 1996; Willibald Steinmetz, Das Sagbare und das Machbare.